320 8/97

blickpunkt

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Grillfest der DKP

»Goldener Apfel«

Spaß und Unterhaltung
Ausstellung
Bücher

Samstag
16. August '97
ab 14 Uhr

Große Tombola

Kaffee, Kuchen
Gegrilltes

Alle »blickpunkt«-Leserinnen und Leser sind herzlich eingeladen.

Das Parkdeck ist keine Lösung

Die Gewerbegemeinschaft hatte einen „kleinen Kreis von Entscheidungsträgern" eingeladen, um ihr Parkdeck-Konzept vorzustellen.
Der Baukonzern Bilfinger & Berger wäre interessiert, das „Ding" zu bauen, wurde mitgeteilt. Kosten: ca. 4–4,5 Millionen Mark. Die Grundstückskosten sind dabei nicht enthalten. Die Gewerbegemeinschaft will das Gelände möglichst kostenlos für 25 Jahre in Erbpacht.
Außerdem möchte die Gewerbegemeinschaft einen „verlorenen Baukostenzuschuß" von der Stadt in Höhe von 1–1,25 Millionen Mark aus Steuermitteln.
Wenn das Parkhaus in Betrieb ginge, soll es nach Aussagen des Gewerbegemeinschafts-Vorsitzenden Rolf Götz so funktionieren:
Je 20 Minuten Parkzeit sollen 0,50 DM kosten.
„Unabdingbare Voraussetzung", so Götz, „das Parken muß dann überall in den umliegenden Straßen gleich teuer sein". Götz denkt dabei an einen Umkreis von 200 m. Ob der Preis im Parkhaus so bliebe, sei ungewiß, eine Anpassung würde sicher mal erfolgen. Denn: „Die Betreibergesellschaft soll selbstverständlich Überschüsse erzielen."
Soweit die Vorstellungen der Gewerbevereins-Spitze. Daß es im Gewerbeverein auch andere Meinungen gibt, ist anzunehmen.
Wie viele Bürgerinnen und Bürger haben auch wir eine andere Meinung.

1. Klar, es muß auch in der Mörfelder Innenstadt Parkplätze geben. Es bleibt aber eine Tatsache, große Parkplatzangebote in Innenstädten ziehen Autoverkehr an. Wir brauchen eine radfahrer- und fußgängerfreundliche Innenstadt. Die DKP/OL-Fraktion hat beantragt und bei Gesprächen mit der SPD bekräftigt, daß noch in diesem Jahr eine „Planung für die Innenstadtgestaltung" vorgelegt wird. Bürgermeister Brehl sagte das zu. Wir werden Druck machen, damit es auch wirklich geschieht.

2. Hinter der Polizei gibt es jetzt ca. 60 kostenlose Parkplätze. Die würden wegfallen, damit dann ca. 180 Gebührenparkplätze entstehen. Außerdem sollen 200 m im Umkreis für Parkplätze die gleichen Gebühren wie im Parkhaus erhoben werden. Das ist ein Unding aber keine Lösung.

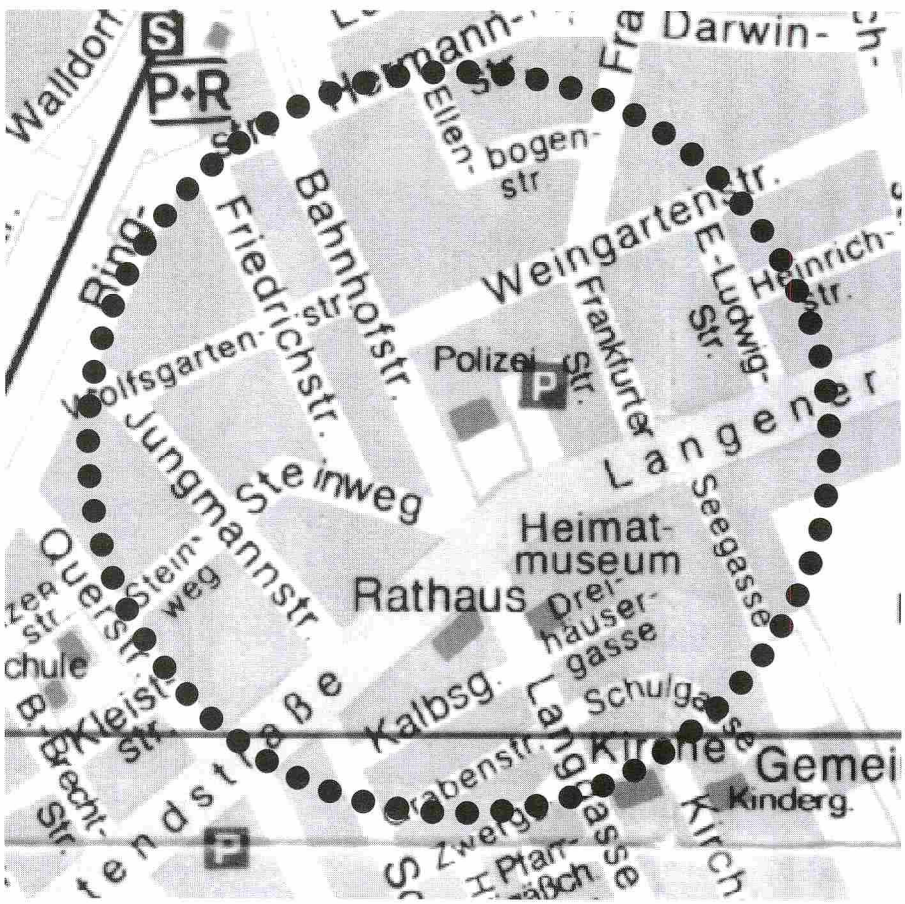
3. Bilfinger & Berger hätte das wirtschaftlichste Modell ausgesucht, hieß es. Wer den unförmigen Kasten im Modell sieht, kann den Konzern verstehen - damit würde praktisch der ganze Platz zubetoniert. Für uns nicht zu akzeptieren.

4. Der Gewerbeverein verlangt locker 1,25 Millionen Zuschuß und kostenlos ein großes Gelände, ein wirkliches „Filetstück" der Stadt.
Gleichzeitig fehlen der Stadt viele Millionen für die Sanierung von Wasserver- und Entsorgung und die Daseinsfürsorge. Da kann man nicht mitziehen.

5. Nach 25 Jahren kann die Stadt das Parkhaus, „ein erheblicher Wert", so Herr Götz vom Gewerbeverein, zurückhaben. Wer weiß, wie nach 25 Jahren solche Betonburgen aussehen, muß realistischerweise nicht von erheblichem Wert, sondern von teurer Sanierung oder Entsorgung reden.

Alles in allem also viel fragwürdiges nach der Konzept-Präsentation.
Vielleicht sollte der Gewerbeverein wirklich erst einmal ein paar andere Konzepte machen. Gute Verkaufsatmosphäre, mehr Ideen und Angebote, Fahrradabstellplätze vor den Geschäften. Die beklagten zurückgehenden Einkäufe durch Kaufkraftverlust, die Nähe der Großstädte und der Supermärkte im Umland sind durch ein Parkhaus mit Sicherheit nicht rückgängig zu machen.

Wir gehen davon aus, daß das Thema Parkdeck weiterhin kontrovers diskutiert wird. Wir sind bereit, Leserbriefe und Meinungen in den nächsten „blickpunkt"-Ausgaben abzudrucken.



So etwa sieht der Umkreis von 200 Metern rings um den Standort des geplanten Parkdecks. Hier soll künftig fürs Parken bezahlt werden.

Grüne Ein- und Ausfälle

Opposition zu sein ist auch in Mörfelden-Walldorf nicht einfach. Das merken zur Zeit insbesondere Bündnis 90/ Die Grünen. Nachdem die örtlichen Grünen zuletzt ein Koalitionspartner der SPD ohne Profil waren, fällt ihnen die Oppositionsrolle sehr schwer. Und weil den Grünen die politische Orientierung fehlt, spielen sie zudem noch die Opferrolle. Da wenden sie sich gegen die Empfehlung des Ältestenrates, die Redebeiträge nach Möglichkeit auf 5 Minuten zu beschränken. Im Ältestenrat hatte hingegen die Vertreterin der Grünen dazu keine größeren Bedenken. Da glauben die Grünen, daß die Arbeit des Parlamentes von der SPD ausgehöhlt und ausgehebelt wird, tragen aber mit ihren überzogenen Reden und zum Teil sehr „persönlichen Angriffen" selbst dazu bei. Diese Widersprüche spiegeln sich auch im Verhalten zur DKP/OL wieder. Man kann es nachprüfen. Im „Freitags-Anzeiger", vom 17. Juli, konnte man die Grüne-Aussage lesen, „die DKP sei untergetaucht und habe keine eigene Meinung mehr". In einem anderen Artikel derselben Ausgabe wird Franz-Rudolf Urhahn von den Grünen zitiert: „Die DKP diktiert der SPD, was zu beschließen ist". Gemeint war der Antrag der DKP/OL, die Kita-Gebühren festzuschreiben.

In ihrer neuen Informationszeitung schreiben die Grünen, daß die DKP dem Quasi-Koalitionspartner SPD tatenlos zusah, als der Umweltausschuß aufgelöst wurde (Anmerkung: Der neue Ausschuß heißt jetzt Umwelt-, Planungs- und Bauausschuß). Die DKP/ OL hatte hierzu aber eine klare Stellungnahme abgegeben. Auf der letzten Seite ihrer Informationszeitung lassen sie ein Zitat aus der FAZ wirken, indem die DKP mit Rechtsextremen gleichgesetzt wird. Natürlich möchte man mit einer solchen Herangehensweise auch die SPD treffen, denn die Grünen machen sie für ihre eigenen Wählerverluste verantwortlich. Seit der Kommunalwahl im März wurde viel über die DKP und zur Duldungsvereinbarung mit der SPD geschrieben und geredet. Eine sachliche Auseinandersetzung fand allerdings nicht statt. Dafür überwog die quantitative Seite. Sie reden und schreiben über den Kniefall der DKP vor der SPD, dann wieder, daß die DKP der SPD Zugeständnisse abringe, die einem Koalitionsvertrag entsprechen. Der sicherlich nicht ganz einfache Weg der DKP scheint den Grünen und natürlich auch der CDU schwer im Magen zu liegen.

Wir vermuten, daß diese unsachliche Auseinandersetzung von den Grünen zunächst so fortgesetzt wird. Wir sind an dieser Auseinandersetzung nicht interessiert, denn es bleibt notwendig, vor allem im außerparlamentarischen Bereich gemeinsam zu arbeiten.

Eines ist aber sicher, die DKP wird sich von niemandem, weder von den Grünen noch von der SPD, biegen lassen. Die Zeit wird's zeigen.

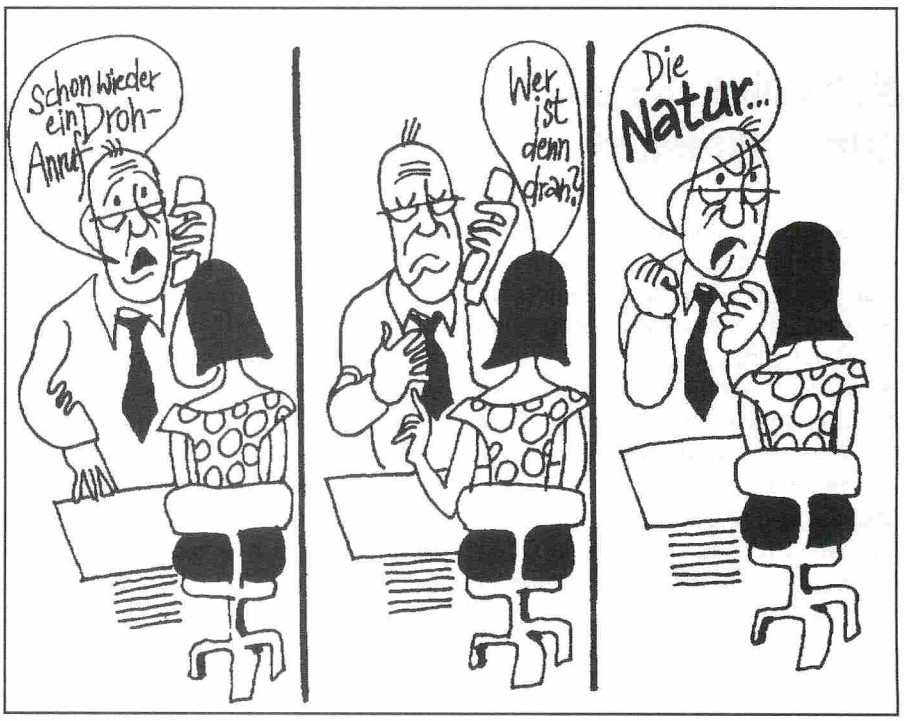
Helga Fritz

uz

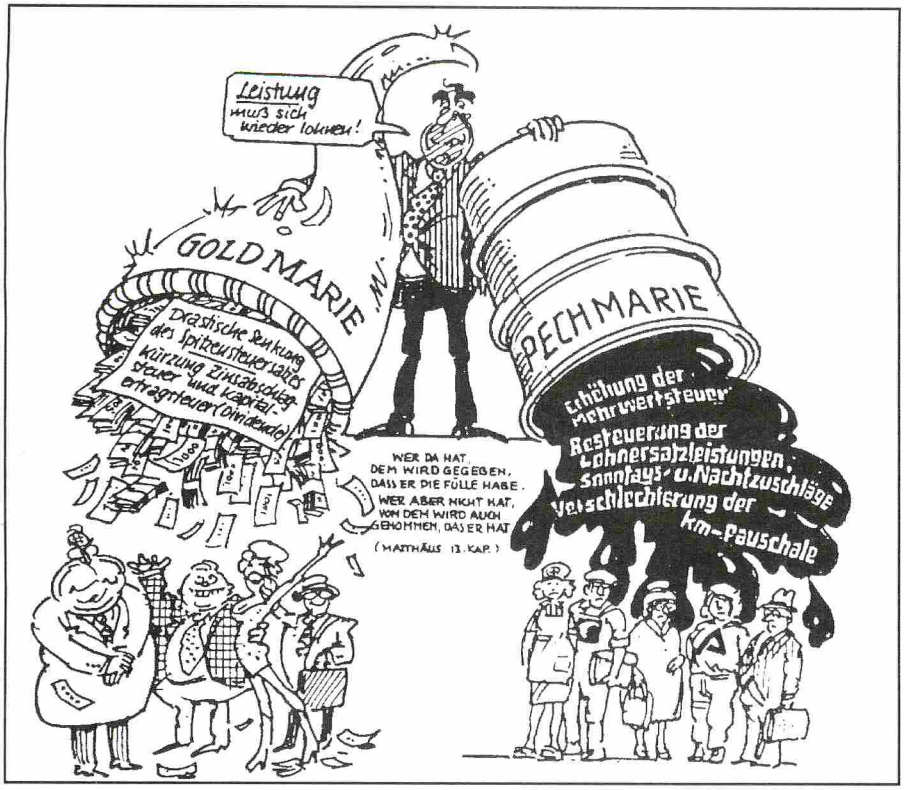
Wochenzeitung der DKP

Probeexemplare bei der „blickpunkt"-Redaktion

Kinder-Lieder mit Fredrik Vahle in Mörfelden
5. Dezember 1997, 16 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden.



Seit Wochen nun halten uns die Meldungen von der Oder in Bann. Da überlegt man auch schon mal, „was wäre, wenn der Rhein . . .?". Von Basel bis Leverkusen Chemiebetriebe. Ob da alles gesichert ist? Man denkt an Prognosen. Klimaveränderungen von Menschenhand gemacht.
Droht die Natur, warnt sie oder sind es Hilferufe?
Und was ist mit unserem „Deichsystem" rings um den Flughafen. Ist es hoch genug? Wird es die Expansions-Flut stoppen?
Immerhin, jetzt gibt es ca. 38 Millionen Fluggäste jährlich - in drei Jahren sollen es 50 Millionen sein. Haben wir jetzt 74 Flugbewegungen in der Stunde (jährlich 385.000) sollen es dann 80 (jährlich 430.000) sein. „Der Lärm wird nachlassen" wird gelogen. Und natürlich: „die FAG wird das ihr zur Verfügung stehende Gelände innerhalb des bestehenden Zauns nach allen Regeln der technischen Möglichkeiten nutzen."
In unserer Stadt wohnen viele Kinder, wenigstens für sie sollten wir die Lethargie abstreifen, wach werden und unsere „Deiche" höher bauen. *RH*



Neue Modelle und alte Wahrheiten

Die Gewerbesteuer „nach Kapital" fällt weg. Die Kommunen sollen „entschädigt" werden. Wer noch glaubt, der Einnahmeausfall würde ausgeglichen, wird bald enttäuscht sein.
Also wird es weitergehen mit Sozialabbau und Gebührenerhöhungen auch in den Kommunen, wenn es nach denen in Bonn geht.
Manche suchen andere „Auswege". So Gerhard Grandke, SPD-OB in Offenbach. Bürgermeister Brehl hatte ihn vor einiger Zeit zu einem Vortrag geladen. (Hoffentlich ist daraus nicht eine Männer-Freundschaft entstanden.)

Was macht er, der OF-OB? Mal sehen? Es klingt gut und irgendwie modern: ,,Offenbach hat das Potential, die Ideen und die Tatkraft, um den ökonomisch-sozialen Strukturwandel, die Modernisierung der Verwaltung und die Sanierung des städtischen Haushalts erfolgreich zu gestalten."
Nachzulesen ist es im Vorwort zum sechsten Bericht über das gegenwärtige Schicksal des „Offenbacher Modells" und des Haushaltssanierungskonzeptes. Geschrieben hat es SPD-Oberbürgermeister Gerhard Grandke. Vor sieben Jahren entwickelt, sollte das „Offenbacher Modell" die Verwaltung „von bürokratischen Strukturen befreien" und die Stadt straff wie einen Konzern managen. Hintergrund und Ausgangspunkt der gesamten Aktion war die katastrophale Finanzlage der Stadt Offenbach am Main. Doch das ist ja bekanntlich kein Einzelfall in dieser Republik.

Es kann eine Bilanz gezogen werden, was nun herausgekommen ist:
drastische Reduzierung der Beschäftigten, Umwandlung städtischer Betriebe in privatrechtlich organisierte Betriebsgesellschaften, die Schließung einer Vielzahl öffentlicher Einrichtungen (Theater, Bäder, Stadtteilbücherei, Jugendzentrum...). Ernüchternd wirkt auch die Bilanz nach sieben Jahren „Offenbacher Modell" in der regionalen Presse: „Schon jetzt ist der allgemeine Schuldendienst von über 40 Millionen Mark höher als das, was der Stadt zum Investieren bleibt. Den Stadtverordneten wird damit ihr vornehmstes Recht, das Budget-Recht, genommen." („Frankfurter Rundschau" vom 8. Juli 1997)

Und so läßt sich dann auch die Botschaft trotz Lobpreisung des „Offenbacher Modells" mit all ihren Analysen, Statistiken und Prognosen so zusammenfassen: „Offenbach kann sich allein nicht mehr helfen. Der Stadt bleibt nur noch das Prinzip Hoffnung auf eine Bonner und Wiesbadener Steuerreform, die den Kommunen endlich das Geld bringt, das sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen." („Frankfurter Rundschau" vom 8. Juli 1997)
Nunmehr propagiert der SPD-Oberbürgermeister von Offenbach „private-public-partnership", eine enge Partnerschaft mit privaten Investoren zur Ansiedlung von Gewerbe, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Bau von Wohnungen für Besserverdienende. Nach dem „Offenbacher Modell" mit starkem sozialen Kahlschlag soll dieses wohl jetzt die „Lösung" bringen. Ob Offenbacher Modell, ob Autonomie, Budgetierung oder Controlling, ob „Stadt ohne Ämter" mit allen möglichen neuen Steuerungsmodellen - es bleibt bei einer alten Wahrheit: Die Städte und Gemeinden haben zu wenig Geld. Man braucht keine allzu große prophetische Gabe, um vorauszusagen: Die nächste Debatte zur „Lösung" der Kommunalprobleme kommt. In Fachzeitschriften, Kommunal-Gremien und überregionalen Blättern ist sie bereits seit längerem in Gange. „Kommunitarismus" - das soll es jetzt bringen.
Neben der Informierung über die Debatte dieser „neuen" Frage tun wir gut daran, an einigen grundsätzlichen „alten" Wahrheiten festzuhalten. Wir leben in einem reichen Land, und der Reichtum ist ungleich verteilt. Wir haben eine öffentliche Finanzmisere.
Fordern wir: Sie muß von denen ausgelöffelt werden, die sie eingebrockt haben! Die Banken scheffeln Milliarden von Zinsen.

Politik darf sich nicht darauf beschränken, die Ansprüche der Banken und Gläubiger zu befriedigen. Die Ansprüche der Bevölkerung müssen auf der Tagesordnung stehen! Für die Finanzierung des Eurofighter ist Geld da; für eine Erhöhung der Abgeordneten-Diäten ist Geld da - ansonsten heißt es erneute Zuzahlung bei Medikamenten, gibt es im Sozialbereich Streichungen und Kürzungen. Wir haben keinerlei Veranlassung, uns mit den Unsummen der Rüstung und der Bundeswehr abzufinden. Deshalb: Schrittweise Kürzung, Konversion und Bundeswehr-Abschaffung. Das bringt Geld in die Staats- und Stadtkasse.

Gegen die „alten" Grundübel der Gesellschaft ist es lohnend, die „alten Wahrheiten" ins Feld zuführen. Bei näherem Hinsehen sind sie oft aktueller als manch neue Modelle.

Herzsportgruppe der SKV gefährdet Betroffene machen mobil

Die Bonner Regierungskoalition mit ihrem Gesundheitsminister Seehofer, CSU, ist am Ende und weiß nicht was für Schlechtigkeiten sie noch erlassen soll, die allesamt nur Belastungen für die Bevölkerung bedeuten. In den Ausgaben der letzten Monate dieser Zeitung wurde laufend darüber berichtet. Nun trifft es die vorzügliche Präventions- und Rehabilitationsarbeit der Herzsportgruppen innerhalb der Vereine. In Hessen gibt es 736 davon und bundesweit etwa 4500. Nach dem geplanten Änderungsentwurf im Rahmen der sogenannten Gesundheitsreform bezüglich der Gebührenordnung für Ärzte soll das Angebot der Herzsportgruppen nicht mehr zur Regelleistung für die betroffenen Herzpatienten zählen, sondern zu einer Ermessenssache des jeweiligen Versicherungsträgers werden. Wenn dies eintritt, können die Herzsportgruppen, aber auch die Behindertensportgruppen, nur noch sehr eingeschränkt tätig sein, oder ihre mit viel Engagement ausgeführte Arbeit ganz einstellen.

Gerade die örtliche Gruppe innerhalb der SKV Mörfelden hat seit ihrer Gründung vor 15 Jahren viel zur raschen Wiedereingliederung der Herzinfarkt-Geschädigten oder von Patienten nach Herzoperationen in den Arbeitsprozeß und in ein normales Leben beigetragen. Alfred Wilker, der sportliche Leiter der Gruppe, berichtete dem „blickpunkt", daß die wöchentlichen Trainingsstunden der zur Zeit über 40 Mitglieder umfassenden Gruppe von einem Arzt, einem geprüften Übungsleiter und zwei Zivildienstleistenden begleitet werden. Sicherheit beim Herztraining genießt oberste Priorität. Wilker verwies auf die relativ hohen finanziellen Anstrengungen von über 20.000 Mark die die SKV für die Gruppe seither zu erbringen hatte. Zur Anschaffung gehören inzwischen zwei Notfallkoffer und ein Defibrillator, ein Gerät zur Behandlung von Herzkammerflimmern mit dem obligatorischen TÜV-Untersuchungs-und Neufüllkosten.

Von Alfred Wilker ist auch zu hören, daß in den letzten Jahren verstärkt jüngere Patientinnen und Patienten sich bei der Herzsportgruppe anmelden. Als Grund ist vermehrter Streß, Angst vor Arbeitsplatzverlust, Doppelbelastung bei Frauen, verschleppen von Krankheiten und ungesundes Leben anzusehen. Ihren Unmut gegen die geplanten Änderungen drückten die Mitglieder der Mörfelder Gruppe mit Protestkarten, adressiert an Gesundheitsminister Seehofer, die sie zur Weiterleitung dem Bundestagsabgeordneten Wieczorek (SPD) übergaben. Weitere Protestmaßnahmen müssen auch von anderer Seite folgen. Heinz Hechler

POST

Wir freuen uns immer über Post. Leserbriefe sind willkommen.
Jetzt bekamen wir einen *„kommentierten blickpunkt"* zurück.
Beispiele: Zum Artikel „Weil du arm bist, mußt du früher sterben" war vermerkt: „Die Armen nehmen zuviel Medikamente"; beim Artikel „Immer mehr Reiche" stand: „Gott sei Dank!! Wir haben auch gespart!!!"; bei der Meldung über fehlende Ausbildungsplätze: „Gibt genug, muß nicht jeder Direktor werden!!"
Im Interesse des „kommentierenden Zurücksenders" drucken wir seinen Namen nicht ab.

Kampfhunde und wie weiter?

Es vergeht fast keine Woche, in der nicht von einem Vorfall mit einem aggressiven und bissigen Hund berichtet wird. Allein zwei tragische, von sogenannten Kampfhunden verursachte Todesfälle in Frankfurt und Mörfelden, sind uns noch in unguter Erinnerung. Erst vor kurzem löste sich in Worfelden einer von zwei Staffordshire-Terriern aus seinem Halsband, verbiß sich mit einem entgegenkommenden anderen Hund und verletzte die beiden Besitzerinnen ernsthaft. Bei einem weiteren Vorfall verletzte dieser Tage, laut Polizeibericht, ohne Vorwarnung ein freilaufender Rottweiler ein fünfjähriges Kind, das mit seinem Vater unterwegs war. Der Hundehalter konnte nicht nur die Attacke nicht verhindern, sondern sein an der Leine geführter zweiter Rottweiler biß dem Jungen zusätzlich noch in den Arm. Dem Vater gelang es mit Mühe das verletzte Kind in ein Auto in Sicherheit und in ein Krankenhaus zu bringen. Auch in unserer Stadt gibt es vermehrt Beschwerden über Belästigungen durch nicht angeleinte, aggressive Hunde in der Gemarkung. Im Steinweg-Gebiet nördlich des Zillerings sind seit einiger Zeit drei Staffordshire-Terrier, die gleiche Rasse die in Mörfelden eine Frau tödlich verletzte, mal angeleint und mal ohne Leine, mal einer davon mit Maulkorb und auch mal ohne beides. Es gab auch schon bösartiges Gerangel mit anderen daherkommenden Hunden. Daß sich dies aber in einem Gebiet abspielt in dem sich sehr viele Kinder aufhalten, sollte bedenklich stimmen.

Wie soll es weitergehen? Nach dem tragischen Todesfall in Mörfelden wurde heftig in der Bevölkerung diskutiert und die Presse hatte ihre Aufmacher. Bis ins Parlament kam das Thema "Kampfhunde". Anfang Juni gab es ein Gespräch zwischen der Stadt (Ordnungsamt), den Schäferhunde-Vereinen von Walldorf und Mörfelden, den Tierschutz-Vereinen Mörfelden, Rüsselsheim und Kelsterbach, der Polizei Mörfelden-Walldorf und dem Leiter der Polizei-Hundestaffel Groß-Gerau. Beraten wurde die Gefahrenabwehrverordnung bestimmter Hunderassen der Stadt Frankfurt. Positives für Mörfelden-Walldorf ist jedoch nicht herausgekommen. Vielleicht sollte der erste Stadtrat Vorndran als Leiter des Gespräches demnächst einmal betroffene Eltern, belästigte Spaziergänger, bedrohte Jogger, oder gebissene Briefträger mit einladen.

Es geht hier auf keinen Fall darum, alle Hunde und schon garnicht alle Hundebesitzer über einen Kamm zu scheren. Wir wissen, daß in den Hundevereinen die verschiedensten Kurse angeboten werden und gute Erziehungsarbeit für die Vierbeiner geleistet wird. Nur das allein genügt nicht. Es werden nur die gutwilligen und vernünftigen Hundebesitzer erreicht. Die Stadt ist nach wie vor am Zuge. HH

Das Bild von der Kundgebung am Dalles gegen erneute massive Unterrichtskürzungen im kommenden Schuljahr ist Mitte Juli entstanden. Das Sparen an den Kindern und damit an der Zukunft unseres Landes ist ein Skandal, der das Engagement und die Solidarität jedes Bürgers erfordert.
Die Elternbeiräte und Schülervertretungen der Mörfelden-Walldorfer Schulen haben Überlegungen angekündigt, ihren Protest zum Schuljahresbeginn fortzusetzen.

LESERBRIEF

Schön war das „3. Merfeller Altstadtfest", vor allem, weil die Langgasse wieder mal völlig verkehrsberuhigt war. Schwer verständlich ist allerdings, daß es nicht möglich (oder erwünscht) war, eine der ältesten Mörfelder Gaststätten einzubeziehen. Vielmehr wurde vor der „KRONE" mit einer Großbühne ein deutlicher Abschluß des „Festgeländes" geschaffen. Ein Altstadtfest, das diesen Namen verdient, müßte doch vorhandene Strukturen einbeziehen können; erst recht, wenn ein erklärtes Interesse daran besteht. In anderen Städten gibt es damit keine Probleme und den mitgestaltenden Vereinen würde sicher auch kein Schaden beim Umsatz entstehen. Vielleicht klappt's ja beim nächstenmal - der Bürgermeister soll es bereits zugesagt haben.

HG (Name und Anschrift der Redaktion bekannt)

Arbeitszeitverlängerung für Lehrer

In der Diskussion um die Misere an den Schulen, ausgelöst durch Reduzierung der Lehrkräfte, trat SPD-Stadtverordneter Rieken ans Rednerpult und verkündete, die einstündige Arbeitszeitverlängerung sei bei der gegenwärtigen Finanzlage des Landes zu begrüßen. Bei 24 Wochenstunden sei es doch billig, eine Stunde dranzuhängen.
Daß ein langjähriger Gewerkschaftsfunktionär so argumentiert, ist traurig. Ist es mit der Solidarität innerhalb des DGB schon so weit gekommen? Und hat man immer noch nicht begriffen, daß die Einsparungen im öffentlichen Sektor die Spirale von Arbeitslosigkeit, mangelnder Einnahmen bei Steuern und Sozialversicherung, weiteres Sparen nur mehr anheizt? Die Arbeitszeitverlängerung im schulischen Bereich bringt eine Verschlechterung der schulischen Leistungen mit sich. Die Motivation der Lehrkräfte wird sicher nicht erhöht. Der Verfasser dieser Zeilen ist weder Lehrer noch Beamter, wendet sich aber gegen die Meinung, daß Beamte „die Blutsauger der Nation" sind. Die Krise in unserer Gesellschaft hat andere Ursachen als sog. Schmarotzerdasein einer Berufsgruppe. Die Bildung und Ausbildung unserer Jugendlichen ist die vornehmste und dringendste Zukunftsinvestition. Bei Bildungseinrichtungen zu sparen ist daher verwerflich und skandalös. Wir leisten uns glitzernde Fassaden bei Großbanken und Konzernzentralen und in den Schulen fehlt die Farbe an den Wänden . . .

R. D.

Jede Mark hilft dem »blickpunkt«!

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419,BLZ 50852553

Mehr Werbung für den „Stadtbus"

Eine gute Idee war es, den „Stadtbus" beim Mörfelder Altstadtfest zum Nulltarif fahren zu lassen. Das Angebot wurde angenommen und war eine gute Werbung, die der Öffentliche Personennahverkehr auch nötig braucht. Hier ist sicher noch einiges Versäumte nachzuholen.

So isses, Hugo Jung!

Zugegeben, er ist der beste Mann in der CDU-Fraktion. Guter Rhetoriker, schneller Denker. Obwohl - sein Stern leuchtet auch nicht mehr so strahlend. Immerhin hat er die örtliche CDU durch seine ehrgeizige Pläne bei der Bürgermeister-Wahl und durch einen fiesen Wahlkampf, der u.a. zum Verlust von zwei Mandaten führte, geschwächt.
Trotzdem, er ist immer noch der fähigste in der örtlichen CDU. Da muß er viel ran in einer Stadtverordnetenversammlung. Manchmal ist er der einzige in der 12 Köpfe zählenden Fraktion, der sich zu Wort meldet. Das schlaucht. Dann wirkt er auch schon mal fahrig und über die sonstigen Maße verbiestert. So auch während der letzten Stadtverordneten-Sitzung. Thema: Ein demagogischer CDU-Antrag, der den Protest der Lehrerinnen und Lehrer unterstützen sollte. Der SPD paßte das so nicht und hängte eine Ergänzung dran, in der halbwegs richtig beschrieben wurde warum da überall Geld fehlt. Da wurde Hugo wild! In einer aktuellen Kohl-Pressemitteilung hatte er es gerade gelesen - und so sagte er es auch: „Ein Billion ging in die neuen Länder", dann hängte er noch dran „wir müssen die Last ihres Koalitionspartners ausbaden" und deutet auf die DKP/OL-Fraktion.
Das Grinsen auf den Gesichtern sah er da nicht mehr, auch den aufkommende Tumult hörte er nicht - flink sauste er zu seinem Platz - auf der äußersten rechten Seite.
Natürlich ist das mit dem „ausbaden" totaler Quatsch - über den Rest seines Satzes ist nachzudenken.
Bei allen finanziellen Schwierigkeiten wird in Bonn immer sofort auf die Transferleistungen von West nach Ost und auf die Kosten der deutschen Einheit hingewiesen. Viele der Ostdeutschen haben es inzwischen satt, als Sündenböcke für eine verfehlte Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik herhalten zu müssen.
Man kann auch mal nachfragen, was sind eigentlich Transferleistungen von West nach Ost? Das ist leider gar nicht bekannt.
Wenn ein Bundeswehroffizier aus Baden-Württemberg nach Sachsen versetzt wird, dann zählt ab diesem Tag sein Gehalt einschließlich „Buschzulage" als Transferleistung von West nach Ost.
Die Zahlungen von Kindergeld sind im Osten Transferleistungen; im Westen ist das ein gesetzlicher Anspruch. Niemand würde auf die Idee kommen, das Kindergeld für Bremen und Bayern als Transferleistungen des Bundes an diese Länder auszuweisen.
Festhalten muß man auch, daß das Geld, das tatsächlich in den Osten geht, in beachtlichem Umfang für Waren und Dienstleistungen in den Westen zurückkehrt.
In riesigem Umfange sind Immobilieneigentum und Unternehmenseigentum von Ost- in Westhand geflossen. Da hat es schon einen gewaltigen Vermögenstransfer von Ost nach West gegeben.

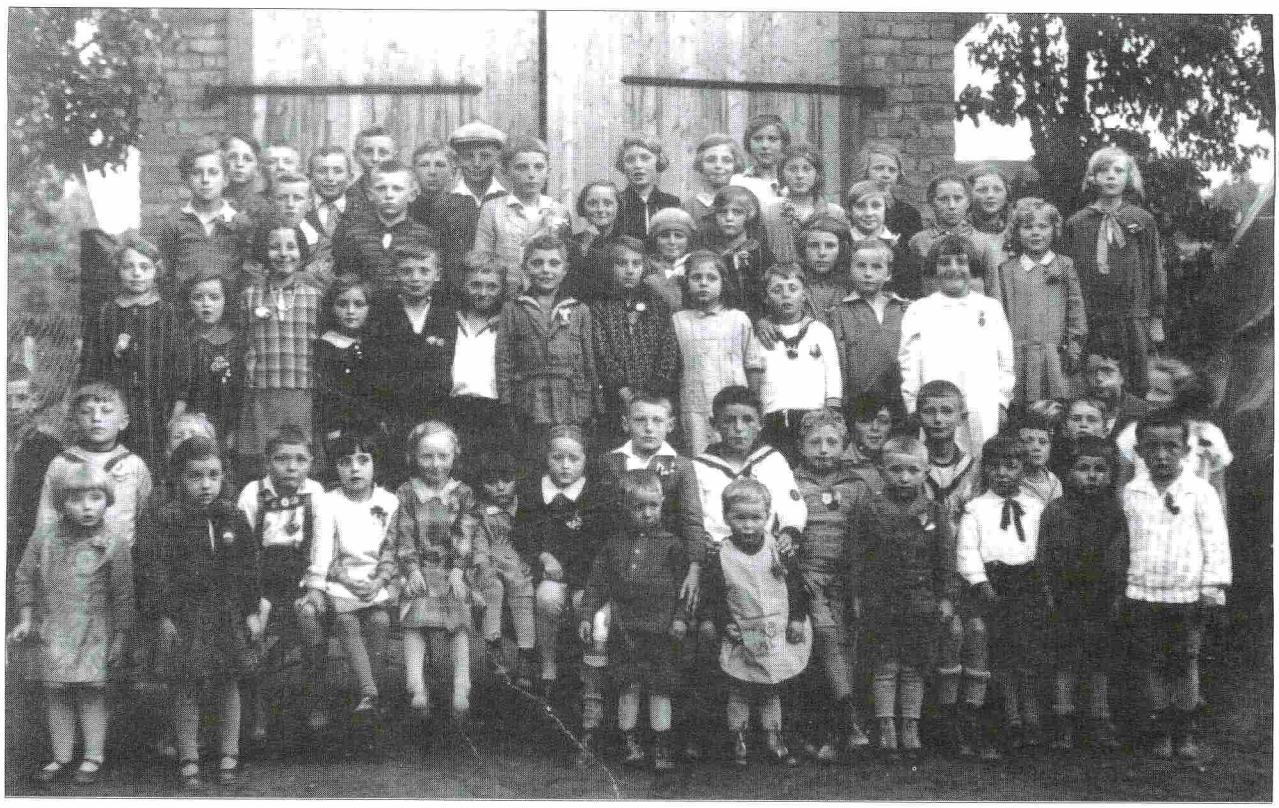
Ein anderes Beispiel: Bayern hat vom Bund im Jahre 1996 nach Abzug der Steuern, die Bayern an den Bund abgeführt hat, über 4 Milliarden DM an Zuschüssen für die verschiedensten Zwecke erhalten. Sachsen hat im gleichen Jahr nur 3,6 Milliarden DM, also deutlich weniger, an Zuschüssen von Bund erhalten.
Für den Naturschutz erhält Bayern vom Bund 14 Millionen DM, Sachsen gerade einmal 0,7 Millionen DM.
Leute wie Kohl und seine Jungs stellen mit ihren Sprüchen nicht die innere Einheit Deutschlands her, sondern Sie vertiefen die Spaltung, indem Sie die Ostdeutschen demütigen und den Westdeutschen einreden, daß es ihnen schlechter gehe, weil die Ostdeutschen hinzugekommen seien.
Was können z.B. die Ostdeutschen dafür, daß per 1. Januar 1997 die Vermögenssteuer abgeschafft wurde?
Das haben nicht die Ostdeutschen, sondern die in Bonn entschieden. Allein dadurch fehlen 9 Milliarden DM in der Haushaltskasse. Was können die Ostdeutschen dafür, daß man fiktive Altschulden einfach übernommen und den Privatbanken geschenkt hat?
Die Ostdeutschen können auch nichts dafür, daß Bonn die Unternehmenssteuer trotz steigender Gewinne gesenkt und dadurch die Bonner Haushaltslöcher selbst verursacht hat.
Wenn man jetzt noch den Spitzensteuersatz senken will, dann fehlen erneut Milliarden.
Dann werden die Kohl-Jungs erneut sagen: Das liegt an den Kosten der deutschen Einheit und an den Transferleistungen von West nach Ost.
Steuerausfälle sind nicht vom Himmel gefallen. Man hat ein Steuerrecht geschaffen, das dafür sorgt, daß der private Reichtum ständig wächst und der Staat ärmer wird.
So isses Hugo Jung!

LESERBRIEF

Euro Eildienst A. Fellner

blickpunkt
Herrn Rudi Hechler
Hochstrasse 22

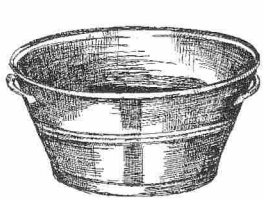
Sehr geehrter Herr Hechler,
seit 1989 führe ich auf eigene Kosten Hilfsgütertransporte nach Russland durch, um dort Personen zu helfen, die so arm sind, daß sie oftmals die Pubertät nicht erreichen.
Ich schreibe Ihnen, weil mir Ihr Bericht aus blickpunkt 7/97 so gut gefallen hat. Unsere Verhältnisse sind arg, aber geradezu paradiesisch, fährt man in ein Land, für das Polen schon der goldene Westen ist.
Ich bitte Sie, über meinen Transport zu berichten, um vielen Bürgern die Information und Möglichkeit zu geben, Sachspenden in Form von Paketen (keine Säcke) bei meinen Fahrzeugen anzuliefern.
Eventuelle Geldspenden auf das Konto 16.0417.18 Groß-Gerauer Volksbank Mörfelden, BLZ 508 925 00 werden ausschließlich zum Kauf von Hilfsgütern in Russland verwendet.
In der Hoffnung auf solidarische Unterstützung verbleibe ich mit freundlichen Grüßen *Arne Fellner*



„En gonze Haufe Kinn" – so viele, daß sie nicht alle beim Namen genannt werden können. Sie sind sehr schön herausgeputzt d.h., sie hatten ihre "Sonntagsene"-Kleider an. Wie in Erfahrung gebracht werden konnte, war der Anlaß für dieses schöne Erinnerungsfoto kein Schulausflug und auch kein Vereinsfest, denn da hätte sich bestimmt ein Lehrer, oder ein Vereinsfunktionär mit ablichten lassen. Nein, der Grund für dieses Massenaufgebot der 5-12-jährigen war die Hochzeit , von Ludwig Zwilling „Haase-Lui", Sohn der Elise Zwilling, geb. Haas aus Mörfelden stammend, genannt „Haase-Lies" und Susanne Tron (Tochter des Ortsdieners Schorsch aus der Langstraße) im Jahre 1930 in Walldorf.

"Die Haase-Lies" betrieb die Gaststätte "Zum kühlen Grund" in der Ludwigstraße 20. Die Hochzeit muß ein größeres Ereignis gewesen sein, sonst hätten sich nicht über 60 Kinder zu den Eingeladenen zählen dürfen. Man stelle sich nur einmal die vielen "Riwwelkuche" vor, die dabei verzehrt wurden. Das Bild erhielten wir freundlicherweise von Regine Balkmann, geb. Tron aus der Bahnstraße. Sie ist mit auf dem Foto und kennt fast alle der heute 70 bis 80-jährigen. Stellvertretend für alle sollen doch die vier Mädchen genannt werden, die sich auf dem Foto von rechts oben beginnend nach links unten aneinandergereiht haben. Es sind: Greta Stern (die Große mit der umgebundenen Schleife) Hedwig Feldmann (mit weißem Kragen),Kätha Schmidt (weißes Kleid) und Regine Pons (Balkmann), die Vorgenannten mit ihren Mädchennamen.

Unser Lexikon



Weschbreng
Waschzuber

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Telefon 22362.